

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 RM.
ohne Postgebühren. Nur Post-
bezug. B. Stellung bei allen Buch-
handlungen. Geschäftsstelle Berlin S. 68.
Verbandsstr. 68 I. Fernr.: 9491 8633.

Anzeigenpreis
die viergespaltene Zeile 30 Pf.;
für Verbandsmitglieder 60 Pf.;
Ergänzungsbeleg 60 Pf.; Bekannt-
machungsbeleg 30 Pf. Der An-
zeigenpreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 1.

Berlin, den 1. Januar 1918.

34. Jahrgang.

Zum Jahreswechsel

entbieten wir allen unseren Kolle-
ginnen und Kollegen, vornehmlich den
in Feindesland stehenden,

die besten Glückwünsche.

Verbandsvorstand und Schriftleitung.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der
1. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1
des Statuts ist der Beitrag nicht nach-
träglich, sondern im Voraus zu entrichten.

Von dem pünktlichen Bezahlen der Beiträge hängt
ebensoviel die geregelte Tätigkeit der Organisation
als auch das Recht des Mitglieds auf Unterstützung
im Bedarfsfalle ab. Jedes Mitglied erfüllt daher
eine Pflicht gegen den Verband und nicht sich selbst,
wenn es seine Beiträge regelmäßig und pünktlich
bezahlt.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Eine Erhöhung des Lokalbeitrages für die
Mitglieder der 4. und 5. Beitragsklasse auf
40 Pf. pro Woche ist von den Mitgliedern dieser
Klassen in Stuttgart beschlossen und von uns
genehmigt worden.

Der Verbandsvorstand.

Die Hoffnung gewinnt an Boden.

Wir mögen wollen oder nicht: immer wieder
nimmt der Krieg unsere Gedanken gefangen und
immer wieder warfen wir zweifelnd und fast ver-
zweifelt die Frage auf: Wann wird endlich der
Friede kommen?

Das verfloßene Jahr war nicht geeignet, mit
trohen Friedenshoffnungen unsere Herzen zu schwe-
len, denn auf das Friedensangebot der deutschen Re-
gierung, vom 12. Dezember 1916, dem sich auch ihre
Verbündeten angeschlossen, war eine Antwort von
den feindlichen Mächten erfolgt, wie sie schroffer ab-
lehrend nicht gedacht werden konnte. Und glaubten
manche in dem Feuerbrand der russischen Revolution
die Morgenröte des kommenden Friedens zu er-
blicken, so wurde diese Hoffnung zunächst gänzlich
enttäuscht, denn nicht das nach Frieden sehende
russische Proletariat und Bauerntum errang im An-
fang die Macht, sondern die russische Großbourgeoisie,
dem das Parmentum noch nicht taufkäftig genug die
Kriegsfahle geschwungen hatte. Als dann aber Mi-
lufow durch Kerenski ersetzt wurde, redete dieser zwar
wie ein Sozialist, aber er handelte wie ein Mi-
lufow; er ließ noch einmal das russische Heer zu
einem Angriff empor, der die Mittelmächte ins Herz
treffen und sie vom russischen Boden hinwegfegen
sollte. Der Angriff mißglückte völlig und schlug in
das Gegenteil um. Trotz der strengsten Gewaltmaß-
regel gegen die wirklich dem Frieden zustrebenden
Sozialisten bolschewistischer Färbung trug diese der

nicht mehr zu hemmende Friedensdrang des werk-
tätigen russischen Volkes in eine Machtstellung, die
schließlich zum Waffenstillstand im Dezember führte,
der hoffentlich der Vorboie des Friedens mit Ruß-
land sein wird.

Die ungebrochene Kraft Deutschlands und seiner
Verbündeten und ihre unbestreitbaren Waffener-
folge hat dies Ergebnis gezeitigt, nicht Stockholm
mit allen seinen wohlgemeinten Absichten, nicht die
Friedensvermittlung des Papstes. Alle darauf ge-
bauten Hoffnungen haben sich als trügerisch erwiesen,
und wir haben von vornherein das vorausgesehen
und vorausgesagt, weil wir die Kräfte, die am
Friedenswerk tätig waren und auch die, welche es
hinderen, richtig einschätzten und weil wir es für
unsere Pflicht hielten, keine falschen Hoffnungen zu
erwecken. Ach, wie gern hätten wir es gesehen,
wenn die Ereignisse uns unrecht gegeben, wenn
Stockholm uns den Weltfrieden gebracht hätte! Al-
lein wo nur Sozialisten kleiner neutraler Staaten
in Frage kamen, wo so manche unter ihnen in Wirk-
lichkeit nicht neutral waren, sondern die Niederlage
Deutschlands wünschten, wo die höchst zweifelhafte
Persönlichkeit eines Branting seine Hand im Spiele
hatte, der ein ausgesprochenen Deutschenfeind war
und ist, der hinter dem Rücken des holländisch-schwei-
denischen Komitees mit den Vertretern der Feinde die
Konferenzen in Stockholm zu sabotieren sich nicht
scheute, da vermochten wir an keinen Erfolg zu
glauben. Zumal die englischen und französischen So-
zialisten und Gewerkschaften ihren Regierungen im
Vernichtungskrieg gegen Deutschland zur Seite stan-
den und ihnen jeglichen Weisand leisteten. Das ist
die Wahrheit: so niederdrückend für die internationale
Solidarität der Arbeiterklasse sie auch sein mag.
Sie zu verbüllen ist verkehrt, denn es gilt noch im-
mer das Lassalle'sche Wort: festzustellen, das was
ist, ist notwendig für die Arbeiterklasse. Es nützt
nichts, auch nicht für den Frieden, sich in Illusionen
zu wiegen.

Leider gilt auch im Wasserleben das Sprichwort:
„Durch Schanden wird man klug“. Breite Schichten
des russischen Volkes sind bereits durch Erfahrung
gewarnt worden, deshalb ihr Drang zum Frieden.

Auch in Italien fängt es nach den furchtbaren
Schlägen am Isonzo und in der venetianischen Ebene
an zu dümmern, daß die Eroberungspläne leichter zu
lassen als zu verwirklichen sind. Wird sich nicht auch
dort bald diese Erkenntnis in immer mächtigeren
Rufen nach Frieden umsetzen? Wir glauben es ho-
fen zu dürfen!

In England und Frankreich sind die „Starken“
Männer am Ruder: Lloyd George und Clemenceau.
Sind sie nicht imstande, ihre Besprechungen auf
Niederwerfung Deutschlands einzulösen, was man
wahrscheinlich auch in beiden Ländern bald einsehen
wird, dann dürfte auch dort die jetzt noch zarte
Friedensblume bald den Frühling ihres Wachstums
erleben. Selbst das Eingreifen Amerikas wird das
nicht zu hindern vermögen. Jedoch auf keinen Fall
wird ein übermäßiges Betonen des Friedenswillens
in Deutschland in den feindlichen Ländern Wunder
wirken und dort gleichlaufende Strömungen hervor-
rufen, denn das Gegenteil ist bisher eingetreten,
sondern das Erkennen von der Unbesiegbarkeit
Deutschlands.

Die Hoffnung auf Frieden gewinnt
also an Boden!

Am so liefer ist es zu bebauern, daß in Deutsch-
land der Lebensmittelhunger Kühner als je sein
Haupt erheben konnte, wie die bekannte Zeitschrift
des Kaufmännischen Magistrats kürzlich erwiesen hat.
Diese Zeitschrift und die mannigfache Sprache der
Kaufmännischen Vertreter aus Magistrat und Stadtver-
ordneten gegen den mit Strafmitteln drohenden
Herrn v. Waldow wäre undenkbar gewesen, wenn
nicht die sozialistischen Arbeiter eine starke Verex-
tation im Stadtverordnetenrat gehabt hätten, die dem
Magistrat und den bürgerlichen Parteien den Rücken
gesteift hätten. Aber viel mehr ist noch zu tun: eine
durchgreifende Reform an Haupt und Gliedern un-
serer Lebensmittelversorgung muß Platz greifen,
wenn Wandel geschaffen, wenn das hungernde Volk
eingermessen gesättigt werden soll. Die jetzigen Zu-
stände schreien zum Himmel: Wir brauchen die Hoff-
nung nicht schwinden zu lassen, daß es auch auf
diesem Gebiete besser wird.

Was unsern Verband anbetrifft, so gewinnt
nicht nur die Hoffnung an Boden, daß er den Krieg
stark und kräftig überleben wird, sondern sie ist
vielmehr zur unerschütterlichen Gewißheit geworden.
Eine Zunahme von 1802 Mitgliedern in den ersten
drei Vierteljahren von 1917 sind der triftigste Beweis
für das Vertrauen der Verfassungskörper auf seine
Notwendigkeit und Nützlichkeit. Er hat dies Ver-
trauen auch redlich verdient. Was im Laufe des
Jahres an Feuerungszulagen und Lohnerhöhungen
für die Kollegenchaft herauszuholen war, das hat er
herausgeholt, soweit die Kollegenchaft nur wollte
und selbst Hand ans Werk legte. Zwei Gauleiter-
konferenzen haben sich mit Erfolg diesem Zwecke ge-
widmet. Und die letzte derselben hat den Weg vor-
bereitet zur Neuregelung unserer Beiträge und
Unterstützungen, der dann durch die nachfolgende Ar-
beit der Eisenkommission und die Abstimmung der
Mitglieder ihren Abschluß fand.

Auch unserm Nachwuchs hat der Verband und
unsere „Buchbinder-Zeitung“ ihre Sorgfalt gewid-
met. Zu Ostern wurde vom Verbandsvorstand ein
besonderes Merkblatt für unsere Lehrlinge heraus-
gegeben und bei den letzten Verhandlungen mit dem
Verbande deutscher Buchbinderbesitzer wurde von
unsern Vertretern einer besseren Entlohnung der
Lehrlinge mit Erfolg das Wort geredet.

Nicht zu vergessen unserer tapferen Feldgrauen,
denen wir Dabeingeblichenen zu größtem Danke
verpflichtet sind, den wir aber nicht nur durch schöne
Worte abblättern wollen, sondern durch lindernde Tat.
Weihnachtsunterstützung, Arbeitsgemeinschaften mit
den Arbeitgeberverbänden unseres Berufs, Angefal-
tung unserer Invalidenunterstützung — eine Auf-
gabe, mit der sich unser nächster Verbandstag zu be-
fassen haben wird — geben dieser Tatfreude Aus-
druck.

Werfen wir noch einen kurzen Blick auf die an-
dern Gewerkschaften, mit denen wir verbunden sind,
so sehen wir auch hier überall Fortschreiten, trotz
aller Hemmungen, die der Krieg naturgemäß mit
sich bringt.

So treten wir denn, wenn auch trauerumflorten
Blicks wegen der vielen gefallenen Brüder, in das
neue Jahr ein mit der Hoffnung, daß der Friede
und mit ihm eine bessere Zukunft im Auge ist,
trotz alledem und alledem!

G. A.

Kritik zur Gewerkschaftsstatistik der Generalkommission.

Die von der Generalkommission alljährlich veröffentlichte Statistik über die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich bietet zweifellos ein sehr wertvolles und brauchbares Material für die richtige Beurteilung über die Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften insgesamt wie auch im einzelnen. Die ständige gleichmäßige Fortführung dieser Statistik schon seit dem Jahre 1891 ermöglicht jedem, der sich dafür interessiert, die Entwicklung der für jeden einzelnen Beruf zuständigen Organisation nach den Schilderungen über die Mitgliederbewegung genau zu verfolgen, wie auch aus den Zusammenstellungen über die Finanzgebahrung in den einzelnen Gewerkschaften die Verschiedenartigkeit in Leistung und Gegenleistung leicht erkennlich ist. Ein Bedürfnis für diese bis ins einzelne detailliert gegebenen Heberichten ist sicher vorhanden und der außerordentlich hohe Wert und Nutzen derselben daher auch unbestreitbar.

Jede derartige Zusammenstellung gewinnt dadurch noch ganz besonders an Wert, wenn sie für eine möglichst lange Zeiteriode vorliegt, und selbstverständlich muß dabei auch eine gewisse Gleichmäßigkeit in der Art der Erhebung und in der Verarbeitung und Darstellung des Ergebnisses beachtet werden. Das schließt jedoch durchaus nicht aus, daß sich infolge eintretender Veränderungen in der Zusammenfassung der einzelnen Organisationen sowie in der finanziellen Entwicklung derselben mit der Zeit auch mal eine Erweiterung oder ebensowenig auch eine andere Art der Gruppierung für einzelne Zweige dieser Statistik nötig machen kann, die dann jedoch stets so zu halten ist, daß die unter allen Umständen zu berücksichtigende Vergleichsmöglichkeit dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Solche Veränderungen sind nun bereits in den letzten Jahren vor Beginn des Krieges vielfach zu verzeichnen, indem in manchen Berufszweigen infolge der fortschreitenden maschinellen Entwicklung der Arbeitsmethoden, die Heranziehung weiblicher Arbeitskräfte in immer größerer Maße erfolgt ist. Der Kriegszustand und die durch diesen verursachten außerordentlichen Verhältnisse haben diese Entwicklung noch mehr begünstigt, so daß nun in sehr vielen Berufsgruppen die Zahl der weiblichen Beschäftigten die der männlichen ganz bedeutend überholt hat. Das konnte natürlich auch auf die Entwicklung in der Zusammenfassung der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen nicht ohne Einfluß bleiben, weil diese darauf bedacht sein mußten, auch die weiblichen Arbeitskräfte zur Organisation heranzuziehen und ihre Beitrags- und Unterstützungseinrichtungen deren Bedürfnissen anzupassen. Als sicher ist wohl anzunehmen, daß auch nach Beendigung des Krieges eine bedeutend größere Anzahl weiblicher Arbeitskräfte wie vor dem Kriege erwerbstätig bleiben wird. Die Gewerkschaften werden daher auch in Zukunft darauf bedacht sein müssen, den eigenartigen Bedürfnissen dieser weiblichen Berufszugehörigen entsprechend, sich durch Schaffung besonderer Bestimmungen über Pflichten und Rechte derselben deren Ansprüchen anzupassen. Der bestehende Unterschied in der Höhe des Lohnverdienstes bei den männlichen und weiblichen Arbeitern bedingt unwillkürlich auch eine andere Bemessung in der Beitragshöhe und damit naturgemäß auch in der Höhe der während der Unterstüßungsphase, wobei noch besonders zu beachten ist, daß die weiblichen Mitglieder infolge ihrer wirtschaftlichen Stellung und ihrer körperlichen Konstitution, an die Unterstützungseinrichtungen der Organisation ganz andere Ansprüche stellen werden wie die männlichen Mitglieder.

Diese nun doch mal vorhandenen und notwendigen Unterschiede in den Einrichtungen der einzelnen Gewerkschaften sollten auch in der Statistik der Generalkommission die erforderliche Berücksichtigung finden. Bisher wird dem jedoch nicht in genügender Art entsprochen, sondern alle Zusammenstellungen und auf Grund der Angaben vorgenommenen Berechnungen, erfolgen immer nur nach einem einheitlichen Schema, ohne Berücksichtigung der bei vielen Organisationen für die männlichen und weiblichen Mitglieder bestehenden Verschiedenartigkeit in der Höhe der Beitrags- und Unterstützungssätze. Das

mag vorläufig für die meisten der Zentralverbände — und insbesondere auch für diejenigen, welche die größte Mitgliederzahl aufweisen — noch nicht von solch großer Bedeutung sein, weil diese in der Regel nur eine verhältnismäßig geringe Zahl ihrer weiblichen Berufszugehörigen umfassen und daher für sie in der Hauptsache auch nur die männlichen Mitglieder mit meist einheitlichen Beitrags- und Unterstützungseinrichtungen für die Berechnungen in Betracht kommen. Nach dem Kriege — in gewissem Maße schon jetzt — wird sich jedoch mit der Zeit auch für diese Organisationen die Situation anders gestalten, weil dann auch für sie das Bedürfnis für Heranziehung der vielen weiblichen Arbeitskräfte zur Organisation ein immer größeres wird.

Diejenigen Gewerkschaften, bei denen die Zahl der weiblichen Mitglieder eine größere ist, finden jedoch bei der bisher üblichen Art der Verarbeitung der Gewerkschaftsstatistik für ihre besonderen Einrichtungen und Bedürfnisse nicht die richtige Berücksichtigung, da sie bei vorzunehmenden Vergleichen in ihrer Leistungsfähigkeit immer bedeutend ungünstiger wie die mit nur einheitlichen männlichen Beitragsatz erscheinen werden. Für unseren Verband trifft dieses im ganz besonderer Maße zu und halten wir es deshalb doch für notwendig, für eine Veränderung in der Verarbeitung der Gewerkschaftsstatistik einzutreten. Bei uns hat sich das Verhältnis in der Zahl der männlichen zu der der weiblichen Mitglieder in den letzten Jahren in einer Weise entwickelt, die das Übergewicht der letzteren immer schärfer hervorheben läßt. Während im Jahre 1906 noch 63 Proz. unserer Mitglieder männlichen und 37 Proz. weiblichen Geschlechts waren, standen vor Kriegsausbruch den 50,8 Proz. männlichen bereits 49,4 Proz. weibliche, und am Schluß des Jahres 1916 den 33,1 Proz. männlichen sogar 66,9 Proz. weibliche Mitglieder gegenüber. Wenn auch in der kommenden Friedenszeit sich dieses Verhältnis wieder etwas zugunsten der männlichen Mitglieder verschieben wird, so ist doch sicher auch dann mit einem jährlich zunehmenden größeren Prozentsatz weiblicher Mitglieder zu rechnen. Dadurch wird natürlich auch das Finanzwesen des Verbandes stark beeinflusst, besonders da wir bisher schon nachweisen konnten, daß die Beiträge der weiblichen Mitglieder in keinem richtigen Verhältnis zu den für diese erforderlichen Leistungen stehen.

Bei der bisher üblichen einheitlichen Art der Berechnungen des Statistikers der Generalkommission kommen bei den Einzeldarstellungen über die Leistungen und Bezüge der Mitglieder, die für die männlichen und weiblichen Mitglieder bestehenden großen Unterschiede gar nicht zur Geltung. Bei Vergleichen mit den Verhältnissen anderer Verbände — besonders solcher mit in der Hauptsache nur männlichen Mitgliedern — erscheinen dadurch unsere Einrichtungen weit ungünstiger, als sie es in Wirklichkeit sind. Dem oberflächlichen Beobachter aber muß unser ganzes Finanzgebahren unverständlich erscheinen, wenn er den verhältnismäßig hohen Beitrag der männlichen Mitglieder die einheitlich berechnete durchschnittliche Beitragsleistung und den geringen Durchschnittssatz der Ausgaben für die einzelnen Unterstützungszweige gegenüberstellt.

So wird für das Jahr 1916 die durchschnittlich pro Kopf berechnete Beitragseinnahme einheitlich mit 25,34 Mk. eingestellt, was im ganzen genommen ja auch zutrifft, während es gegen 43,06 Mk. bei den männlichen und nur 16,63 Mk. bei den weiblichen Mitgliedern ausmacht. Dagegen wird bei den Ausgaben für Unterstützungen 13,27 Mk. und für die gesamte Jahresausgabe 23,94 Mk. eingestellt, wovon getrennt jedoch 27,70 Mk. bzw. 14,87 Mk. für die männlichen und nur 7,59 Mk. bzw. 18,20 Mk. für die weiblichen Mitglieder in Betracht kommt. Noch deutlicher tritt dieser Unterschied in der folgenden Zusammenstellung, nach den Ergebnissen der letzten vier Jahre, in Erscheinung.

Durchschnittliche Beitragseinnahme, pro Kopf der Mitglieder berechnet:

im Jahre	1913	1914	1915	1916
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
a) insgesamt für alle Mitglieder	23,49	20,01	20,22	25,34
b) bei den männl. Mitgliedern	40,57	37,42	42,45	43,06
c) " weibl.	16,24	15,08	15,81	16,63

Durchschnittliche Ausgabe für Unterstützungen, pro Kopf der Mitglieder berechnet:

im Jahre	1913	1914	1915	1916
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
a) insgesamt für alle Mitglieder	18,71	20,61	11,18	13,27
b) für die männl. Mitglieder	17,49	34,98	17,18	23,70
c) " weibl.	0,88	18,54	7,06	7,59

Gesamte Jahresausgabe, durchschnittlich pro Kopf der Mitglieder berechnet:

im Jahre	1913	1914	1915	1916
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
a) insgesamt für alle Mitglieder	23,51	30,89	21,88	23,94
b) für die männl. Mitglieder	27,29	46,21	27,93	34,87
c) " weibl.	10,68	23,92	17,81	15,26

Bei Vermutung dieser getrennten Ziffern ist ohne weiteres zu erkennen, in welchem Verhältnis bei den männlichen und bei den weiblichen Mitgliedern die aus der Beitragsleistung erzielten Einnahmen zu den für diese jeweils erforderlich gewordenen Ausgaben stehen, und wo diese Aufwendungen das zulässige Maß überschritten haben und daher verbessernd eingzugreifen ist. Beim Vergleich dieser getrennten Ziffern finden wir den klaren Beweis dafür, daß bei den weiblichen Mitgliedern die Einnahme aus den von diesen geleisteten Beiträgen bei weitem nicht ausreichte, um die für diese erforderlich gewordenen Aufwendungen zu decken.

Aus den in der Gewerkschaftsstatistik der Generalkommission veröffentlichten Ziffern ist ein solcher Vergleich jedoch nicht möglich, sondern eine Gegenüberstellung der auf unseren Verband bezüglichen Ziffern mit denen anderer Organisationen fällt sehr zu unseren Ungunsten aus, indem dabei unsere Einrichtungen und Leistungen gegenüber denjenigen anderer Organisationen mit ähnlichem Beitrags- und Unterstützungssystem für die männlichen Mitglieder als äußerst mangelhaft erscheinen müssen.

Auch die Berechnung des am Jahresabschluss vorhandenen Vermögensbestandes pro Kopf der Mitglieder halten wir in der seitens der Generalkommission angewendeten Form nicht für richtig. Dafür sollte nicht die Mitgliederzahl nach dem Jahresdurchschnitt, sondern die Zahl der am Jahresabschluss tatsächlich vorhandenen Mitglieder die Grundlage bilden. Dann darf man hierbei aber auch die zum Seeresdienst eingezogenen Mitglieder nicht einfach ausschalten, denn diese haben auf Grund ihrer bisherigen Mitgliedschaft doch auch ein Anrecht an das Vermögen der Organisation. Für die Verhältnisse in unserem Verbands ist aber auch bei diesen Kosten die Trennung des den männlichen und weiblichen Mitgliedern auszusprechenden Anteils schon deshalb unbedingt geboten, weil ja die nicht unbedeutenden Reserven unserer Inwalidenunterstützung für die große Zahl der weiblichen Mitglieder gar nicht in Anrechnung kommen dürfen.

Wir haben der Generalkommission diese Verhältnisse bereits bei Einlieferung der Angaben für das Jahr 1916 mitgeteilt und um deren Berücksichtigung bei der Zusammenstellung und Veröffentlichung gebeten. Dem ist jedoch nicht entsprochen worden und auch bei der Veröffentlichung der Gewerkschaftsstatistik vom Jahre 1916 in Nr. 40 des „Korrespondenzblattes“ vom 6. Oktober 1917 wird dieser Anregung in keiner Weise, weder im Text, noch durch Anmerkungen bei den einzelnen Tabellen entsprochen. Unser Verbandsvorstand hat deshalb den Unterzeichneten beauftragt, die von uns gewünschten Änderungen durch Veröffentlichung in der „Buchbinder-Zeitung“ bekanntzugeben in der Erwartung, daß seitens der Generalkommission oder der bei dieser bestehenden besonderen Statistischen Kommission doch noch eine Prüfung und Berücksichtigung dieser Anregungen für die nächstjährige Aufnahme erfolgen kann.

Die Gewerkschaftsstatistik der Generalkommission bietet in ihrer reichhaltigen Darstellung zweifellos ein recht wertvolles Material zur Beurteilung der bestehenden Verhältnisse, und wird auch bei manchen wichtigen Anlässen im öffentlichen Leben zur Gewinnung der jeweils erforderlichen Unterlagen benötigt werden. Wir haben daher ein sehr großes Interesse daran, daß alle Darstellungen auch voll und ganz zutreffend sind und halten deshalb auch die Erweiterung in der Verarbeitung und Berechnung des Materials in der von uns vorgeschlagenen Art für dringend notwendig.

Fr. Lender.

Für unsere Frauen.

Weibliche Erwerbsarbeit und gewerkschaftliche Organisation.

Wenn nicht alle Anzeichen trügerisch sind, die weibliche Erwerbsarbeit, die während des Weltkrieges einen ungeheuren Umfang angenommen hat, in der künftigen Friedenszeit nicht wieder verschwinden, vielmehr zu einer dauernden Einrichtung werden. Unser Wirtschaftsleben, das zahlreich männlicher Arbeitskräfte beraubt worden ist, kann die weibliche Arbeitskraft nicht mehr entbehren, wenn alle die Schäden geheilt werden sollen, die der Krieg unserem Volkstörper zugefügt hat. Unsere Frauen und Mädchen selbst werden teils freiwillig, teils gezwungen auch fernorts in den Betrieben arbeiten; sei es, daß sie sich an ihre Tätigkeit gewöhnt haben und darin ihre Befriedigung finden, sei es, daß sie durch den Lohn, der die dadurch gewährleistete wirtschaftliche Unabhängigkeit angelockt werden, sei es, daß ihnen die Möglichkeit fehlt, im eigenen Hauswesen tätig zu sein, sei es, daß der Zwang zum Mitarbeiten sie aus dem Hause treibt. Die Arbeitgeber werden dieser Entwicklung freudig zustimmen, weil sie in den Frauen und Mädchen billige und willige Arbeitskräfte erblicken. Schon heute kann man in der Arbeitgeberpresse Äußerungen führender Personen lesen, daß Deutschland nur mit billigen Waren den Weltmarkt wieder erobern könne, und daß die wichtigste Voraussetzung einer billigen Warenerzeugung die Verwendung billiger Arbeitskräfte ist. Diese billigen Arbeitskräfte seien vorhanden; es sei lediglich nötig, die arbeitwilligen Frauen und Mädchen den Männern gegenüber als Konkurrenz auszuspielen.

Offenbar wird die weibliche Berufsarbeit manche Veränderungen in unserem wirtschaftlichen und sozialen Leben mit sich bringen. Es wird auf die Dauer nicht angehen, den erwerbstätigen Frauen und Mädchen eine doppelte Arbeitslast aufzuerlegen. Und das würde dadurch geschehen, daß man ihnen neben der häuslichen Arbeit, die die meisten von ihnen zu verrichten haben, auch noch die volle Arbeit der Männer aufbürdet. Mit der weiblichen Berufsarbeit verhält es sich nämlich ganz anders als mit der der Männer. Hat ein Mann seine Berufsarbeit hinter sich, so ist er sein freier Herr, er kann sich ausruhen oder einer Liebhaberei widmen. Kommt eine Frau von der Arbeit nach Hause, so warten auf sie allerlei Beschäftigungen; sie muß das Hauswesen besorgen, die Familie mit Nahrung versehen, die Kinder warten, die Wohnung reinigen, Kleidung und Wäsche instand setzen und was der Arbeit noch mehr sind. Das können die Frauen auf die Dauer nicht aushalten, wenn sie nicht körperlich, geistig und seelisch zugrunde gehen sollen. Hinzu kommt auch noch, daß unseren Frauen und Mädchen als Geschlechtswesen auch noch wichtige Aufgaben sozialer und kultureller Art zu erfüllen haben. Sie sind die Trägerinnen und Schöpferinnen der kommenden Geschlechter, sie bergen die Zukunft unseres Volkes in ihrem Schoße, auf ihnen beruht die Hoffnung eines künftigen Aufstiegs zur Höhe. Aber wie könnten sie diese Aufgabe lösen, wie könnten sie gesunde kräftige Kinder in die Welt setzen und aufziehen, wenn sie dauernd mit schwerer Berufsarbeit überbürdet sind? Da bleibt denn nichts anderes übrig, als daß man ihnen die Arbeitslast mäßig erleichtert, indem man sie von der Hausarbeit möglichst entlastet und andererseits die auf ihnen ruhende Erwerbsarbeit vermindert. Wenn man die Wirkung der weiblichen Berufsarbeit während des Krieges auf unsere Frauen und Mädchen beobachtet, so kann man gar keinen Zweifel mehr hegen, daß unser Wirtschaftsleben auf eine andere Grundlage gestellt werden muß. Es ist einfach ein Mangel, in den Betrieben die weiblichen Arbeitskräfte mit den männlichen gleichstellen zu wollen; wer beide mit gleicher Arbeit befaßt, der begeht ein Verbrechen an der Gesundheit und dem Wohlwollen unseres Volkes. Welche Vorkehrungen in dieser Beziehung getroffen werden müssen, mag dahingestellt bleiben; für uns kommt es einstweilen nur darauf an, auf die verhängnisvollen Folgen der übernehmenden Frauen- und Mädchenarbeit hinzuweisen.

Für die männlichen Arbeiter bietet diese Frage natürlich ein lebhaftes Interesse. Nicht nur als Volksgenossen sind sie daran interessiert, daß an der Kraft und der Zukunft unseres Volkes kein kapitalistischer Raubbau getrieben wird, auch als Arbeiter kann es ihnen nicht einerlei sein, wie das Unternehmertum mit der weiblichen Arbeitskraft umspringt. Die denkenden Arbeiter haben nichts dagegen, daß ihre Volksgenossinnen sich berufsmäßig betätigen, aber sie wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, daß man sie als Konkurrenzkonkurrenzen mitbezaugen will. Darum fordern sie für solche Gruppen dieselben Lohnbedingungen bei gleicher

Arbeitsleistung, um dem Ausbeutertum den Kreis zu nehmen, die weiblichen Arbeitskräfte als Lohnverderberinnen gegen die männlichen auszuspielen. Von den Frauen und Mädchen fordern sie, daß sie sich als Kolleginnen und Kameradinnen betätigen und Schulter an Schulter mit den Männern um eine bessere Lebenshaltung kämpfen. Offenbar besteht die Gefahr, daß ein erbitterter Kampf der Geschlechter entbrennt, aus dem lediglich das Unternehmertum Vorteile ziehen, die Arbeiterklasse aber geschwächt hervorgehen würde, und dem muß von Anfang an vorgebeugt werden. Zu dem Zweck ist es unbedingt nötig, daß Männer und Frauen und Mädchen eines Berufes, in ein und derselben gewerkschaftlichen Organisation vereinigt, gemeinsam ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen vertreten. Das Verbot für die Gewerkschaft ist also eine wichtige Aufgabe für die Männer und der Beitritt zur Gewerkschaft ist die wichtigste Pflicht der Frauen und Mädchen. Schon heute sind die deutschen Gewerkschaften eifrig bemüht, für die weiblichen Mitglieder bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, und sie werden dies um so eher erreichen, je mehr sich die Frauen und Mädchen der Organisation anschließen.

Wir wissen alle, wie schwer es ist, die weiblichen Personen für die Gewerkschaft zu gewinnen. Hier spielt die Rückständigkeit und der Mangel an Gewöhnung eine Rolle; auch betrachten die meisten Frauen und Mädchen ihr Arbeitsverhältnis nur als eine vorübergehende Erscheinung, der sie je eher je lieber den Rücken kehren. Deshalb halten sie es für zwecklos, sich zu organisieren. Hier muß die gewerkschaftliche Aufklärungs- und Erziehungsarbeit einsehen. Sie muß den Kolleginnen die Ueberzeugung beibringen, daß eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse unbedingt notwendig, daß aber diese Besserung nur durch eine starke, geschlossene Organisation aller männlichen und weiblichen Arbeitskräfte zu erreichen ist. Ferner muß der Wille der Frauen und Mädchen gekräftigt werden, damit sie das, was sie als richtig erkannt haben, auch in die Tat umsetzen, damit sie den Mut der Ueberzeugung besitzen und selbst gegen den Willen ihres Unternehmers oder dessen Stellvertreters der Gewerkschaft angehören. Endlich drittens muß den erwerbstätigen Frauen und Mädchen die Ueberzeugung beigebracht werden, daß die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft eine Ehrenfrage ist und daß es bei unabhängigen Menschen als unehrenhaft gilt, die Erzeugnisse ihrer Gewerkschaft mit in Anspruch zu nehmen, selbst aber nichts dazu beizutragen. Das eigene Interesse und das Interesse aller Kolleginnen und Kollegen erfordert dringend die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft.

Aus unserem Kern.

Ein Führender deutscher Buchbinder. Wie Herr P. Kersten im „Allgemeinen Anzeiger für Buchbindererei“ berichtet, gibt der bekannte Dichter und Schriftsteller Bruno Holz in Berlin einige seiner Werke in Einzeldrucken heraus, die bei ihm im Voraus zu bestellen sind. Bisher sind erschienen sein satirisches Gedichtwerk „Die Beschämten“ und „Phantasia“, dem „Daphnis“ folgen soll. Der Dichter gibt diese Werke absichtlich nur in losen Bogen heraus, damit die Käufer sie nach ihrem eigenen Geschmack und nach besonderen Anlaß bei ihrem Buchbinder binden lassen können. Der Dichter schreibt dazu in einem diesbezüglichen Prospekt:

„Da vermutlich wohl niemand ein Werk wie das vorliegende ohne individuellen Einband lassen wird, würde eine möglichst vollständige Sammlung solcher Bände eine äußerst interessante Ausstellung abgeben. Eine Schau, wie sie in ihrer Art noch nicht da war. Dasselbe Buch, jedes von seinem Besitzer in ein besonderes, eigenes von ihm dem Inhalt angepaßtes Reuhere eingehet — nicht auf das Kostbare, auf das Charakteristische läncz es dabei an — und nicht eins davon wie das andere.“

Zu Anfang des Jahres 1918 soll in Berlin eine besondere Ausstellung dieser Einbände stattfinden. Das Vorgehen ist seitens der deutschen Buchbindererei als vorbildlich nur zu begrüßen.

Die Versorgung mit Seilzwirn, Gaze, Seilbändern oder deren Ersatz ist für sämtliche Buchbinder des Reichslands der Stoffstelle für das graphische Gewerbe in Leipzig übertragen. Seilzwirn soll von nun an für diese Zwecke nur in Stärken von 20er zweifach und 70er zweifach hergestellt werden, außerdem in geringer Menge 40er Anäuelzwirn und 90er Schiffszwirn letzterer für die alten Drehmaschinen. Die Abgabe aus den Lagern geschieht auf Grund von Freigabescheinen, welche von der Stoffstelle ausgestellt werden. Die Zwischenhändler können Aufträge bis 2 Kilogramm an ihre Kunden ausführen, ohne vorher einen Einzelfreigabe-

schein von der Stoffstelle zu erhalten, aber auch nur nach Prüfung der Kriegswichtigkeit und für den Fall, daß sie solche als vorliegend erachten müssen. Der Händler hat nachträglich der Stoffstelle die Kriegswichtigkeit der einzelnen Bestellung nachzuweisen, für welche die abgegebene Ware bestimmt ist. Die Freigabescheine für Aufträge, welche 2 Kilogramm übersteigen, werden auf Antrag des Händlers von der Stoffstelle erteilt, nach genauer Prüfung der Kriegswichtigkeit des einzelnen Auftrages. — Anträge auf Erteilung der Freigabescheine und die Belieferung der Verbraucher haben nur durch die Händler zu erfolgen. Für die Erteilung eines Freigabescheines wird aus 50 Pf., mindestens aber 1 Mk. erhoben. Der Händler darf diese Gebühr anteilmäßig auf den Abnehmer abwälzen.

„Kriegswichtig“ ist mittelbarer, also nicht unmittelbar von einer Heeres- oder Marineeinheit ausgehender Heeresbedarf und kriegswirtschaftlicher Bedarf. Beispielsweise sind kriegswichtig: Kartentorte oder geographische Werke zum direkten Gebrauch im Felde; Sprachbücher zum Gebrauch im Felde; sonstige militärische Instruktionbücher; Einzelanfertigung von Buchhaltungsbüchern für besonders kriegswichtige Betriebe; Aktenhefte für Hauptbehörden.

Volkbund für Freiheit und Vaterland.

Am 4. Dezember ist in Berlin durch Zusammenbruch der bedeutendsten großen Wirtschaftsverbände ein „Volkbund für Freiheit und Vaterland“ gegründet worden. Diese Vereinigung treibt eine Verbindung von auswärtiger und innerer Politik auf vollständig freiheitlicher Grundlage an und wird sich in der Hauptfrage gegen die kriegsverlängernden Kreislager der Alldeutschen und die reaktionären Bestrebungen einflussreicher Kreise auf innerpolitischen Gebiete wenden. Ermutigt durch die mit ungeheuren Mitteln betriebene strapellose Agitation der neuen Vaterlandspartei treten die reaktionären Kreise immer anmaßender auf. Bei dieser Sachlage können diejenigen Volkskreise, die für den Verständigungsfrieden und die Demokratisierung Deutschlands eintraten, nicht tatenlos beiseite stehen und den Kampf den politischen Parteien überlassen, weil zu Großes dabei auf dem Spiele steht. Es gilt deshalb, gegen diese Reaktion das ganze Volk mobil zu machen. Diese Aufgabe soll durch den Volksanschluß aller großen wirtschaftlichen Organisationen des arbeitenden und schaffenden Volkes erreicht werden. Der neue „Volkbund“ soll daher alle diejenigen Kräfte in sich vereinigen, die bereit sind, diese Ziele zu unterstützen. Er soll keine reine Partei sein, sondern die beteiligten wirtschaftlichen Organisationen sollen zur Erreichung bestimmter gemeinsamer Ziele zusammenwirken. Kleine aber mächtige und einflussreiche Kreise sind am Werke, uns zu der inneren Lage vor dem August 1914 zurückzudrängen. Dieses Bestreben zu vereiteln, soll Aufgabe des „Volkbundes“ sein. Er kann sie nur erfüllen, wenn auch unsere Gewerkschaften, gegen die sich die erwählten Bestrebungen in erster Linie richten, an der gemeinsamen Abwehr sich beteiligen. Unsere gewerkschaftlichen Aufgaben werden durch den Anschluß an den Volkbund in keiner Weise behindert, eine Koalition aller freiwillig und friedlich gestimmten Kreise des Volkes kann unseren Bestrebungen nur förderlich sein. Die Generalsvorsitzenden der Gewerkschaftsverbände haben daher auch fast einstimmig dem „Volkbund“ zugestimmt und ist dieser dann auch durch den korporativen Beitritt der Generalkommissionen vollzogen worden.

Zum ersten Vorsitzenden ist der Herausgeber der „Sozialen Praxis“, Professor Dr. E. Franke, gewählt, zum ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden Reichstagsabgeordneter Bauer und Generaldirektor Siegelwald. Neben dem aus neun Personen bestehenden Vorstand ist ein Arbeitsrat von 15 Personen und ein Ausschuss von 50 Personen eingeleitet. Ersterem gehören als Gewerkschaftsvertreter der Vorsitzende der Generalkommission, Reichstagsabgeordneter C. Lepien, und Schatzrat Sassenbach an, während im Ausschuss die Vorsitzenden der Gewerkschaftsverbände der Bäcker, Bauarbeiter, Bergarbeiter, Buchbinder, Bureauangestellten, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Landarbeiter, Maschinen- und Heizer, Köpfer und Transportarbeiter mitwirken sind.

Der „Volkbund“ wendet sich nun mit einem Aufruf an die weiteste Öffentlichkeit, in welchem die oben skizzierten Ziele dargelegt und alle, die gewillt sind, mitzuarbeiten und die in der Vereinigung ihrer Realpolitik und vollständig freiheitlicher Staatsordnung die angestrebenden Grundlagen des modernen Großstaates erblicken, willkommen heißen werden.

Korrespondenzen.

Salberstadt. Die außerordentlich niedrigen Löhne unseres nun schon 7 Jahre bestehenden Tarifes betankelten uns, denselben auf den 31. Dezember

dieses Jahres zu kündigen. Die neuen Forderungen, die wir den hiesigen Prinzipalen unterbreiteten, bewegten sich in den Normen, die von der Gauleiterkonferenz Anfang Oktober aufgestellt waren. In der am 26. November stattgefundenen Tarifberatung, zu der als unser Vertreter Kollege Harder vom Verbandsvorstand erschienen war, erklärten die Herren, daß sie einer Herabsetzung des Tariffs nicht zustimmen, wohl aber weitere Teuerungszulagen gewähren wollten, und zwar als äußerstes Zugeständnis zwei Drittel von dem, was die Buchdrucker als Zulagen erhalten. Dieses Angebot wurde von den Mitgliedern einstimmig als zu minimal abgelehnt und beschlossen, falls die Firmen zu weiterem Entgegenkommen nicht bereit sind, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Dieses erübrigte sich aber, nachdem uns nunmehr ab 1. Dezember die Sätze der Buchdrucker auch gezahlt werden. Es erhalten: Verheiratete 7,50 M., Ledige, 6 M., Arbeiterinnen 2-2,60 M., die Wöchner zu den bisherigen Sätzen. Das Zugeständnis an die Arbeiterinnen ist zwar sehr gering, doch erklärten diese sich schließlich vorläufig einverstanden. Das Abstimmungsergebnis über die Beitragsfrage ergab sämtliche Stimmen mit „Ja“. Wohl der beste Beweis für die innere Geschlossenheit der Mitgliedschaft und ein günstiges Omen für die Zukunft!

Rundschau.

Der „Allgemeine deutsche Sprachverein“ ist jetzt mit Eifer am Werk, die öffentlich zur Schau getragenen fremdländischen Inschriften auf Ladenschildern, Geschäftsangeben, Anpreisungen usw. zu beseitigen und durch gutes Deutsch zu ersetzen. Die deutsche Presse solle diese Bestrebungen nach Kräften fördern und richtet der Vorsitzende des Sprachvereins deshalb auch an uns die Bitte, mit gutem Beispiel voranzugehen und zunächst die am Kopf unserer Zeitung noch vorhandenen Fremdwörter durch deutsche Ausdrücke zu ersetzen. Wir können diesen Bestrebungen im allgemeinen unsere Anerkennung nicht versagen und haben daher mit Beginn des neuen Jahrganges dem Wunsch auch zu entsprechen versucht, wie aus dem Wortlaut der Kopfnotizen unserer heutigen Nummer ersichtlich ist. Wie jedoch in der Regel alle guten Grundsätze gar zu leicht durch Hebereiher zur Hebertreibung zeigen, so scheint uns auch in dieser Frage bei manchem „Fremdwort“, welches durch jahrzehntelange Lebung dem deutschen Volke längst geläufig ist, die empfohlene Ersetzung durch deutsche Worte nicht immer das richtige zu treffen. Wenn wir z. B. die in Gewerkschaftskreisen allgemein gebräuchlichen Ausdrücke, wie: „Fabrikation“, „Dr-

gan“, „Tarif“, „Zentralverband“, ändern sollen der Reihe nach in „Herstellung“, „Wochen- oder Monatschrift“, „Preisverzeichnis“ und „Hauptverband“, so ist damit doch wohl des Guten etwas zuviel verlangt, und die Ersetzung von „Adresse“ durch „Anschrift“, „alphabetisch“ durch „alphabetisch“, „direkt“ durch „unmittelbar“, „garantiert“ durch „verbindlich“ usw. wird im Falle wenig Anlaß finden. Es gibt eben sogenannte „Fremdwörter“, die durch den ständigen Gebrauch dem deutschen Volke geläufig wurden, daß ihnen die „Fremdheit“ kaum noch anhaften kann.

Eine Eingabe der Generalkommission zugunsten der Heimarbeiter. Die Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände haben in einer Eingabe vom 1. Dezember d. J. an Bundesrat und Reichstag erneut auf die Notwendigkeit einer beschleunigten Durchführung der bisher noch nicht in Kraft gesetzten Bestimmungen des Hausarbeitsgesetzes, insbesondere über die Errichtung von Nachschüssen und Wohnstätten, sowie der Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden hingewiesen. Die Eingabe geht davon aus, daß nach dem Kriege eine erhebliche Vermehrung der Heimarbeiter zu befürchten sei. Kriegsbeschädigte, Kriegerverwitwen und arbeitslos werdende Arbeiterinnen der Kriegsindustrie würden sich in die Heimarbeit drängen und dort die Existenzbedingungen noch weiter verschlechtern. Dagegen müsse die Gesetzgebung zeitigen Vorkehrungen treffen, indem endlich das schon im Jahre 1911 beschlossene Hausarbeitsgesetz in vollem Umfange in Kraft gesetzt werde. Das Reich beginge damit nur einen Akt der Dankbarkeit gegen seine Verteidiger und deren Hinterbliebene. Die Eingabe schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der Bundesrat nunmehr nicht zögern werde, die Bewirklichung der im Hausarbeitsgesetz vorgesehenen Bestimmungen durchzuführen und den Heimarbeitern und Heimarbeiterinnen die Wohlthaten der Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung zu gewährleisten.

Waffenprozeß gegen streikende Arbeiter. Ein eigenartiger Prozeß gegen rund 1200 Arbeiter wird demnächst in Kopenhagen entschieden werden. Im Sommer streikten die kopenhagener Werftarbeiter und setzten den Kampf auch noch fort, als die Schlichtungskommission ihn für unbedeutend erklärte und den Gewerkschaftsverein zu 2000 Kronen Strafe verurteilt hatte. Daraufhin verlorsten die Unternehmer die Werftarbeiterorganisation, die vom Gerichte zu 30 000 Kronen Schadenersatz verurteilt wurde. Die Organisation hatte inzwischen ihr ganzes Vermögen jedoch zur Unterstützung der Streikenden ausgegeben und sich danach aufgelöst, so daß die Unternehmer nichts bekamen. Diese haben daher

jetzt gegen die 1200 streikenden Arbeiter einzelne Klagen erhoben, um die Vertragsbruchstrafe hereinzubekommen. Dringen die Arbeitgeber mit ihrem Ansprache durch, so hätte jeder von den Arbeitern 70 bis 80 Kronen zu zahlen. Die Arbeiterschaft Danemarks empfindet dieses Vorgehen bei den jetzigen Teuerungsverhältnissen als besonders hart und rücksichtslos.

General Scheuch und die Gewerkschaften. Einem Vertreter der „National-Zeitung“ gegenüber gab der Leiter des Kriegsammtes, General Scheuch, die Erklärung ab, daß weder Kohlen- noch Materialmangel zu Betriebseinschränkungen oder Zwangsverordnungen in großem Umfange zwingen würde. Auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen Kriegsamt und Arbeitern antwortete er:

„Das Verhältnis ist nach wie vor ein durchaus vertrauensvolles dank der Mitwirkung gewerkschaftlicher Organisationen. Das Kriegsamt sieht es als seine oberste Aufgabe an, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu vermitteln, und bereitwilligen Mänschen beider Teile zur Erfüllung zu verhelfen. Die Unterstützung, die es dabei von den Gewerkschaften geniest, ermöglicht es ihm, diese Aufgabe auch zu erfüllen.“

Offiziell hält sich das Kriegsamt in seiner Praxis, von der man seit Grönners Wegang manchmal den gegenseitigen Eindruck hatte, streng in diesen Richtlinien der Hochschätzung gewerkschaftlicher Mitarbeit.

Briefkasten.

Am Jahresluß wird wiederum Titel und Inhaltsverzeichnis zur „Buchbinder-Zeitung“ herausgegeben. Die Gan- und Zahlstellenverwaltungen werden ersucht, bei ihren Mitgliedern Umfrage zu halten, wie viele solcher Titel verlangt werden, damit die Bestellung bis zum 5. Januar erfolgen kann. Es werden nur solche Titel hergestellt, als bis dahin bestellt sind.

Zweiwöchige Nachbestellungen auf fehlende Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ oder des „Korrespondenzblattes“ vom laufenden Jahrgang erbitten wir ebenfalls baldigst.

Des Neujahrsfestes wegen macht sich für die nächste Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ ein früherer Abschluß nötig. Einsendungen für die am 6. Januar erscheinende Nummer 2 müssen daher spätestens am 29. Dezember bei uns eingetroffen sein.

ANZEIGEN

Pappsehre
mit Winkelstellung 1,20 m Tischbreite, 70 cm Schnittlänge, guterhalt. zu verkaufen.
Feuchtwanger & Co.,
München, Blauenstr. 56.

**Sortimenter
Fertigmacher
Deckenmacher
Presser**
für dauernde Beschäftigung gesucht.
Julius Hager, Großbuchbinderei,
Leipzig, Breitkopffir. 9.

**Presser
und
Fertigmacher**
sucht
H. Köllner, Großbuchbinderei,
Leipzig-Bl., Hohentauernstr. 17-19.

**Lohntarif
für Buchbinderarbeiten.**
Preis für Mitglieder 1.- M., einschließlich Porto (bei Postbezug ermäßigt) 1,20 M., für Nichtmitglieder 1,30 M.
Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten.
Preis für Mitglieder 50 Pf., für Nichtmitglieder 1,10 M.
Der Verband ersucht nur nach Vereinfachung des Betrages. Bedingungen sind nur an G. Hagemann, Berlin S. 56, Arbansstraße 63 I, zu richten.

Ehren-✠Tafel
für unsere im Kampf fürs Vaterland gefallenen Kollegen.
Im Felde oder in den Lazaretten starben noch folgende Kollegen:
Leipziger Mitglieder.
Ottomar Schröter, geb. 13. 12. 1869 in Joachimstal, am 12. 4. im Lazarett verstorben.
Alfred Rohmkopf, geb. 20. 2. 1888 in Leipzig, gefallen am 21. 8. 1917.
Paul Heibel, geb. 2. 4. 1881 in Leipzig, im Lazarett verstorben am 6. 5. 1917.
Hermann Behrend, geb. 10. 5. 1881 in Ostrow, gefallen im Juni 1917.
Alfred Israel, geb. 24. 2. 1873 in Leipzig, gefallen am 8. 6. 1917.
Alfred Metzger, geb. 6. 9. 1882 in Leipzig, gefallen am 30. 7. 1917.
Alfred Schulte, geb. 10. 12. 1888 in Leipzig, im Lazarett verstorben.
Arthur Schepo, geb. 31. 8. 1883 in Leipzig, gefallen am 15. 8. 1917.
Heinz Wiegner, geb. 27. 1. 1870 in Leipzig, gefallen am 16. 8. 1917.
Richard Tränkemann, geb. 4. 8. 1873 in Leipzig, gefallen am 16. 8. 1917.
Gottfried Vert, geb. 11. 7. 1884 in Nieder-Globau, gefallen im September 1917.
Emil Altsendurger, geb. 21. 3. 1877 in Leipzig, im Lazarett verstorben am 21. 10. 1917.
Otto Noack, geb. 30. 10. 1882 in Leipzig, weil 2 Jahre vermisst für tot erklärt.
Otto Keller, geb. 31. 8. 1896 in Leipzig, gefallen 8. 6. 1917.

Anzeigen finden nur Aufnahme nach vorheriger Einsendung des Betrages.

Den Opfern der Kämpfe um den Frieden Deutschlands ein ehrendes Andenken!